

Zu: **“Stadträte stärken der OB den Rücken“** (MZ vom 13.03.2012)

Warum die Fraktion DIE LINKE sich der Erklärung nicht anschloss

Von Günter Herder, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Stadtrat Bitterfeld-Wolfen

Die Fraktion DIE LINKE kann sich nicht der Auffassung anschließen, dass sich die Kritik und Unzufriedenheit von zahlreichen Bürgern der Stadt Bitterfeld-Wolfen gegen Beschlüsse des Stadtrates richtet, die unsere Oberbürgermeisterin umzusetzen hat. Im Gegenteil die aus unterschiedlichsten Gründen unzufriedenen Bürger können nicht mehr erkennen, dass ihre Oberbürgermeisterin die Interessen der Stadt mit den Interessen ihrer Bürger in Einklang bringen will oder kann. Die Maximierung der Mieterhöhungen auf das gesetzlich mögliche Maß zum 01.01.2012 brachten das Fass nur zum überlaufen.

Dafür gab es keinen Stadtratsbeschluss. Der Stadtrat wurde nicht einmal darüber informiert. Als Gesellschafterin und als Aufsichtsratsvorsitzende war aber die OB informiert und hätte nicht nur gegensteuern, sondern sogar veranlassen können, dass durch die Wohnungs- und Baugesellschaft (WBG) diese Mieterhöhungen nicht in dieser Höhe sondern nach sozial verträglicheren Maßstäben verlangt werden. Wenn auch die OB genauso wie die Mehrheiten im Stadtrat sich einreden ließ, dass es für das kommunale Wohnungsunternehmen keinen Spielraum für gemäßigte Mieterhöhungen gäbe, dann wird Sie ihrer Verantwortung nicht gerecht. Denn die Kompromisse, die durch die Geschäftsführung der WBG nicht wegen der STR-Resolution sondern wegen der Mieterproteste bisher eingegangen wurden, übersteigen deutlich die finanziellen Auswirkungen unseres Antrages zur Mieterhöhebungsbegrenzung und offenbaren somit den auch von der OB geleugneten aber von Anfang an vorhandenen Spielraum der WBG. Die nachträglichen Lorbeeren, die sich die Geschäftsführung der WBG durch ihre Kompromissbereitschaft verdient hat, hätte sich auch die Oberbürgermeisterin selbst verdienen können. Dazu hätte sie jedoch auch die berechtigten Interessen der Mieter / Bürger ernster nehmen müssen.

Ähnlich verhält es sich mit den Einflussmöglichkeiten der OB zu Problemen in Uferwegbereichen an der Goitzsche, zur Problemlösungsstrategie bezüglich der Straße am Kraftwerk, bei der Interessenvertretung besorgter Eltern zur Zukunft der Grundschule in Greppin, zur Handhabung von Aufwandsentschädigungszahlungen für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr, zur viel zu späten Rechtfertigung von Steuerhebesatzänderungen usw. Unzufriedenheit entsteht auch aus mangelhafter Organisation von Bürgerbeteiligungen zu Fragen der Stadtentwicklung bis hin zu negativen Einzelfallentscheidungen z. Bsp. zur Behebung von angezeigten oder von in Folge städtischer Straßenbaumaßnahmen entstandener Schäden oder Benachteiligungen für Anwohner.

Aus diesem unseren Verständnis für die Ursachen von Bürgerprotesten heraus wollten wir nicht riskieren, dass betroffene Bürger auch uns meinen, wenn sie in Reaktion auf die Erklärung sagen: “Der Stadtrat hat nichts begriffen.“